

haben, sonst hätten sie sich nicht so gegen den Beschluß unserer Regierung gestemmt, der besagt, daß 2 1/4 Prozent für soziale und kulturelle Aufwendungen der Arbeiter zur Verfügung zu stellen sind.

In dem Betrieb, in dem ich beschäftigt bin, kam es auch bei der Aufstellung der Betriebs- und Arbeitsschutzvereinbarungen zu Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer. Der Unternehmer wehrte sich entschieden dagegen, das Wort „privatkapitalistischer Betrieb“ in die Präambel der Betriebsvereinbarung aufzunehmen. Er begründete das damit, er sei kein Kapitalist, sondern genauso ein Arbeiter wie alle anderen Arbeiter im Betrieb auch. (Heiterkeit und Enttäuschung.) Er arbeite nur für die Interessen des Staates!

Unsere Parteiorganisation hat den verantwortlichen Genossen und Kollegen bei der Ausarbeitung der Betriebsvereinbarung jede Hilfe und Unterstützung gegeben. Der Erfolg war, daß die Betriebsvereinbarung sowie auch die Arbeitsschutzvereinbarung bei allen Arbeitern volle Unterstützung fand.

Wie jedoch auf keinen Fall die Ausarbeitung der Betriebsvereinbarung geschehen darf, zeigt uns das Beispiel in der Eisengießerei Hertel in Werdau. Die Parteigenossen in diesem Betrieb äußerten zum Abschluß der Betriebs- und Arbeitsschutzvereinbarung: „Was geht uns die Betriebs- und Arbeitsschutzvereinbarung an?“ Diese Stimmungen hatten zur Folge, daß der Unternehmer in Aktion trat und sich mit den Kollegen der BGL in Verbindung setzte, so daß dann die Betriebs- und Arbeitsschutzvereinbarung nach dem Wunsch des Unternehmers ausgearbeitet wurde, ohne daß die Arbeiter zu Worte kamen.

In diesem Zusammenhang muß auch Kritik an den übergeordneten Partei- und Gewerkschaftsleitungen geübt werden. Warum werden die mittleren Privatbetriebe nicht stärker von den übergeordneten Partei- und Gewerkschaftsleitungen unterstützt? Unsere Arbeiter in den Betrieben erwarten, daß ihre Verordnungen, die durch den Beschluß der Regierung herbeigeführt wurden, auch mit Unterstützung der Parteileitung in die Tat umgesetzt werden.

Die politische Arbeit in den Kleinbetrieben im Kreis Werdau sowie im gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt ist schlecht. Auf Grund der ungenügenden Anleitung und Unterstützung sowie auch der mangelnden Kontrolle kommt es dann zu solchen Zuständen, daß viele der